

Tempo-30-Zonen im Freistaat weiter auf dem Vormarsch

Städte tag erwartet Verdreifachung / Viele Anträge

Von unserer Münchener Redaktion

München (lf) In den Städten und Gemeinden des Freistaates wird es nach Prognosen des Bayerischen Städte tags künftig mindestens dreimal so viele Tempo-30-Zonen geben wie bisher. Nach Ablauf der Versuchsphase am 1. Januar 1990 würden die Kommunen die bereits "zuhause" vorliegenden Oberbürgermeister Ivo Holzinger vom Städte tagarbeitskreis Wirtschaft und Verkehr in München bei einer Expertenanhörung der SPD-Landtagsfraktion bleiben dennoch bei seiner Forderung, Tempo 30 im innerstädtischen Bereich verbindlich vorzuschreiben und schnelleres Fahren nur auf Durchgangsstraßen zuzulassen.

Im Rahmen des dreijährigen bundesweiten Modellversuches sind laut Wolfgang Bouska vom Innenministerium in Bayern über 1800 Tempo-30-Zonen aus-

nicht rund um die Uhr überwachen, erklärte Jürgen Kadgien, Präsident des Polizeipräsidiums Oberbayern. Die Unfallchwerpunkte liegen ohnehin nicht in den Wohngebieten, sondern auf den Hauptverkehrsstraßen. Dann aber gelte es, so Armin Falknerheim vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC), endlich auch dort für eine Verkehrsberuhigung zu sorgen.

Das "soziale Umbauen", notwendig einig, dies dürfe aber nicht dazu führen, so der Verkehrspsychologe Benedikt Schwellen oder sperrige Pflanzenkübel auf der Fahrbahn - wie Versuche bewiesen hätten - Abgase und Lärm weiter zunehmen. "Wir müssen vielmehr eine Schwelle in die Köpfe der Autofahrer bekommen, die sie davon abhält zu rasen", forderte Klaus Neumann vom Deutschen Kinderschutzbund. Nach Erkenntnissen der Polizei hält nämlich bislang kaum ein Viertel der Befürworter Tempo 30 wirklich ein.

Große Bürgerbefragung

Eine der wesentlichsten kommunalpolitischen Forderungen der "Aktiven Vohburger" ist eine echte Bürgerbeteiligung. Letztere setzt offene und ehrliche Information voraus. Wie sich die "Aktiven Vohburger" Bürgerinformation vorstellen, konnten Sie bestimmen in den letzten Wochen und Monaten in vielfältiger Weise beobachten.

Ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung ist die Durchführung einer kommunalen Umfrage. Im Herbst letzten Jahres betraten wir mit unserer großen Fragebogenaktion, die an alle Haushalte in Vohburg und seine Ortsteile gerichtet war, absolutes Neuland in Vohburg. Die wichtigsten Themenkreise waren dabei Arbeitsplatzangebot vor Ort, Wohnungssituation, Umwelt und Natur, Verkehrsberuhigung, Stadtplatzsanierung, Jugend- und Altenpolitik und Bürgerinformation schlechthin. Die Aussagen aus dieser Umfrage sind u.a. Basis für unsere kommunalpolitische Tätigkeit der nächsten Jahre. Die grundlegenden Erkenntnisse der Bürgerbefragung ist, daß unsere Ziele und Vorstellungen unter den Vohburger Bürgerinnen und Bürgern breite Zustimmung finden.

Im Folgenden finden Sie nun die wichtigsten Ergebnisse aus der Umfrage in Kurzform:

Über 70% aller Befragten, bezeichnenderweise sowohl in Vohburg, als auch in den Ortsteilen, sind gegen den Bau der zweiten Donaubrücke. Annähernd 90% sagen, die Umwelt ist im Gemeindebereich stark bzw. überlastet. Weit über 70% sind für eine Verkehrsberuhigung (z.B. Tempo 30) in Wohngebieten. Gegen die Verlegung des Rathauses auf den Burgberg sind über 70% aller Antworten. Beinahe 70% halten die Vorgehensweise zum Thema alte Mädchenschule für falsch. Ca. 85% aller Befragten sehen die Jugendarbeit als ungenügend an. Für über 90% ist die Informationspolitik der Gemeinde nicht ausreichend.

AKTIVE VOHBURGER e. V.

Burgstr. 34
8075 Vohburg

VOHBURGER MITTEILUNGSBLATT

Vohburg im März 1990

VOHBURGER WAHL THEATER

Der Vohburger Wahlkampf schlägt seine Kapriolen. Ganz klar wurde der Wahlkampf zur Kommunalwahl 1990 sowohl inhaltlich als auch in der Form von uns, den "Aktiven Vohburgern" bestimmt. Mehr oder weniger unverhohlen schreiben die anderen politischen Gruppen und Parteien unsere Ziele und Ideen ab. Reicht es in dieser kommunalpolitisch schwierigen Phase aus, sich als geistige Trittbrettfahrer zu betätigen, von neuen, engagierten Bürgerbewegungen abzuschreiben? Wir glauben nicht!

Das Verhalten von Bürgermeister und Stadtrat in den letzten sechs bzw. zwölf Jahren beständigen unsere Überzeugung. Wer sechs Jahre lang die Bürger schlecht oder gar nicht informiert, geschweige denn beteiligt, der wird sich auch im siebten Jahr nicht ändern. Wer sechs Jahre lang Natur und Umwelt gedankenlos übergeht, der wird sich auch in Zukunft so verhalten. Wer sechs Jahre lang keine Stadtentwicklungs- und Verkehrskonzepte hat, der wird sie auch die nächsten Jahre nicht haben.

Der Wahlkampf der "Aktiven Vohburger" war geprägt von Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung, von Verständnis für Natur und Umwelt, vom Engagement für Frauen, Jugend und Alte.

Zur Abrundung unserer Aktionen und Bestätigung unserer Aussagen zur Kommunalwahl 1990 haben wir in diesem Informationsblatt noch einige interessante Artikel aus dem Pfaffenhofer Kurier und dem Donau Kurier wieder gegeben.

Zitate

(CSU - PAF)

Bürgermeisterkandidat Hans Prechter zum Thema Preisexplosion bei Bauland: "Ich bin bestimt kein Kommunist. Aber es ist nicht einzusehen, daß bei der Baulandausschreibung die Grundstückbesitzer enorme Gewinne abschöpfen und die Allgemeinheit die Kosten für größere Kanäle, Kindergärten und Schulen tragen muß. Die Sozialpflichtigkeit des Grundeigentums muß künftig dadurch zum Tragen kommen, daß ein Teil der Wertsteigerung bei der Baulandausschreibung der Allgemeinheit zugute kommt."

(CSU - Mitglied der Landtags)

bei was nur 100
12,5 Hektar
im Gewerbegebiet
Rotholding.

Stadtrat Rudi Engelhard zum Thema Gewerbeansiedlung: "Wir brauchen vor allem Dienstleistungsarbeitsplätze für Frauen, 85 Prozent der Arbeitsuchenden sind Frauen und wollen eine Halbtagsstelle. Pro Hektar Gewerbefläche sollten mindestens 40 Arbeitsplätze geschaffen werden. In Pfaffenhofen haben wir nur noch sieben Hektar Gewerbefläche zur Verfügung. Wir sollten nicht an jeden verkaufen, der sich bewilligt, sondern stärker auswählen, welche Betriebe hierher passen. Bei der weiteren Baulandausschreibung wäre es sinnvoll, zunächst nur den Flächennutzungsplan auszusteilen und das Gelände noch nicht in Parzellen einzuteilen. Dadurch können wir bei der Erschließung auf die konkreten Wünsche der einzelnen Betriebe eingehen."

Gewerbevereinsvorsitzender Peter Götz zum gleichen Thema: "In Pfaffenhofen wird mir stadtschen Geldern günstiges Bauland für Betriebe geschaffen und dann am Supermarkt verkauft, die höchstens zehn Arbeitsplätze pro Hektar anbieten. Für die Stadt sind sol-

che Betriebe so überflüssig wie ein Kropf, weilsie fast keine Gewerbesteuer zahlen. Das ganze Geld, das abends in der Kasse liegt, ist am nächsten Tag schon nicht mehr in Pfaffenhofen."

Stellvertreter CSU-Obervorsitzender Helmut Auer: "Ich hoffe, daß in einem neuen Gewerbegebiet endlich auch die Möglichkeit geschaffen wird, eine vernünftige Diskothek unterzubringen."

Bürgermeisterkandidat Hans Prechter zur Einbeziehung der Bürger in die kommunalpolitischen Entscheidungen: "Die Zeilen der Geheimpolitik im Hinterbüchchen sind vorbei. Die Altpolitiker, die glauben, die Bürger nicht in die Entscheidungsprozesse einbeziehen zu müssen, gehören nicht mehr in den Stadtrat."

Hans Prechter zu dem von der Stadtverwaltung versäumten Grunderwerb für den Uthenhofer Friedhof: "Hier passiert uns das gleiche wie beim Moosburger Hof, der uns nach von einem Privatmann weggeschnappt worden ist. Ich habe ja nichts dagegen, daß jemand ein Geschäft macht, aber mich ärgert, wenn ihm die Dummheit der Stadtverwaltung dazu verhilt."

CSU-Ortsvorsitzender Theo Abensteln: "In Pfaffenhofen beträgt der Mehrheitsersatz 50 Prozent."

Hans Prechter zum Allenheimskandal im vergangenen Jahr: "Es ist beschämend, wie hier die alten Leute abgeschrieben wurden. Wenn die Verwaltung den Stadtrat früher informiert hätte, wären die Mißstände wesentlich schneller abgestellt worden. Man muß eben auch den Allenheimreferenten entsprechend wählen, der nicht nur mit dem Auto verfährt, sondern auch noch einmal in das Heim hineinschaut."

Wie wahr! wir wie wahr!

beides auch bei uns praktiziert

Machtlos

Zum Aufsatz „Verhältnis Politik und Moral“ von Herrn Prof. Sutor (Ausgabe vom 27./28. 1. 1990, Seite „Menschen und Zeiten“): Für den Bürger und Wähler stellt sich in unserer Zeit ziemlich oft die Frage, wie es denn möglich ist, daß immer wieder charakterlich und moralisch unqualifizierte Mandatsträger in wichtige Positionen gelangen, diese nicht nur halten, sondern sogar nach oben hin ausbauen können. Wird ein solcher Mangel bei einem höheren Mandatsträger festgestellt, dann beklaugen wir unsere Machtlosigkeit gegenüber diesen Dingen.

Die Wahrheit jedoch ist, daß Ursprung und Fundament für unmoralische Politik in der Regel von uns selbst bestimmt wird. Alles beginnt hautnah bei der Wahl der kommunalen Vertretung, der örtlichen Gewerkschaftsführung, dem Betriebsrat und sonstiger gesellschaftlicher Repräsentanz. Stellen wir bei einem unserer örtlich Gewählten Ansätze fest, die die Grenze des Tolerierbaren überschreiten, dann neigen nicht wenige dazu, dies als Cleverness auszuliegen. Durch dieses Verhalten haben wir als Wähler meist unsere Einflußmöglichkeit verschlafen.

Meine Beobachtung ist, daß Gewählte, welche die Veranlagung des Herrschens um jeden Preis in sich tragen, sofort damit beginnen, kritische und

wache Geister aus ihrem Umfeld zu verdrängen. Parallel zu diesem Schritt erfolgt der Aufbau einer Abschirm- und Wasserträgergruppe. Bei der Auswahl dieser Helfer wird darauf geachtet, daß ihre Intelligenzquotienten nicht zu hoch ausfallen. Hat der „Kleindiktator“ erst einmal diese Hürde genommen, kann er mit seinem Machtaufbau beginnen. Untertläuft ihm hierbei ein Mißgeschick, welches publik wird, dann treten die „Abschirmjübelperser“ auf den Plan und verkünden der nicht eingeweihten Masse, wie unrecht man doch diesem gütigen Menschen tut. Hat die Organisation erst einmal solche Feuerproben durchgestanden, dann ist die Abwahl ihres inzwischen machtgefestigten Wohltäters nicht mehr möglich. Denn unsere Wahlgesetze bieten für solche Leute einige Ausweichmöglichkeiten. Beispiel: Die Abschirmtruppe sorgt im Vorfeld dafür, daß kein geeigneter Gegenkandidat zur Verfügung steht, oder daß - wo es sich machen läßt - eine Listenwahl durchgesetzt wird; der Abgeschirmte steht dann natürlich auf dem ersten Platz auf dieser Liste.

Machiavelli kann also auch für „Klein-Cäsaren“ Pate stehen. Damit ist klar, daß man auch als Wähler in einer Demokratie machtlos sein kann, wenn man sich nicht rechtzeitig der politischen Unmoral entledigt.

Leserbrief im Donau Kurier
Verfasser: Herbert Weinert
Fauststr. 36, 8070 In

Bei Untersuchungen des Gesundheitsamtes:

Pflanzenschutzmittel Atrazin im Vohburger Trinkwasser entdeckt

Rückstände aber noch unter dem Grenzwert - Künftig regelmäßige Kontrollen

Pfaffenhofen/Vohburg. Die Nitratbelastung des Trinkwassers bereitet Verbrauchern und Behörden schon seit Jahren Sorge. Jetzt kommt ein neues, möglicherweise noch wesentlich gefährlicheres Umweltproblem auf die Städte und Gemeinden zu: die Verseuchung des Grundwassers durch chemische Pflanzenschutzmittel. Bei Untersuchungen ist das Staatliche Gesundheitsamt Pfaffenhofen erstmals auch im Landkreis flüchtig geworden. Im Brunnen Hartacker, aus dem die Stadt Vohburg mit Trinkwasser versorgt wird, entdeckte die Behörde Rückstände des Pflanzenschutzmittels Atrazin.

„Entwarnung“ kann das Gesundheitsamt für die Bewohner der Stadt Pfaffenhofen geben. Die Kreisstadt gehöre zwar neben Wehrzsch und Vohburg zu jenen drei Kommunen, in denen das Wasser auf Atrazin untersucht worden sei, doch habe man lediglich in Hartacker Rückstände des Pflanzenschutzmittels gefunden, korrigierte Gerhard Maushammer vom Staatlichen

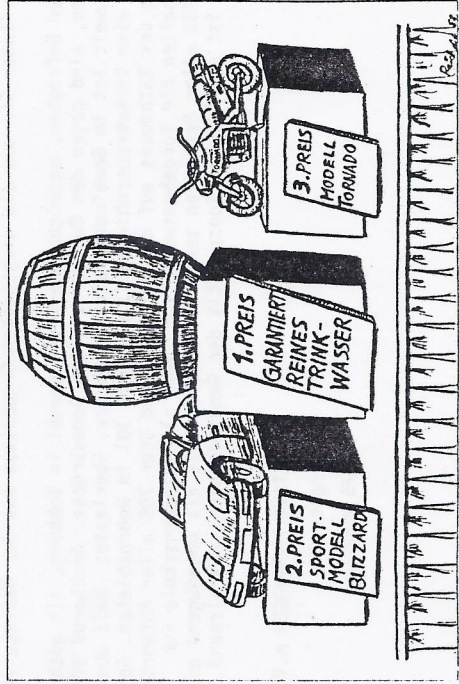
Milchkalktröpfchen der neuen Trinkwasser-grenzweite müssen ab 1. Oktober alle Wasserversorgungsunternehmen bei den ein-mal jährlich vorgeschriebenen Labordi-striktionen auch auf Pflanzenschutz-rückstände untersuchen lassen. Atrazin ist nur einer von vielen chemischen Wirkstoff-en, die von der Landwirtschaft im chemi-schen Pflanzenschutz eingesetzt wird. Nach anderen Rückständen wurde im Trinkwas-ser bisher noch nicht gesucht, teilweise fehl-te auch an verbindlichen Untersuchungs-me-triken, um auch schon kleine Mengen nachzuweisen. Atrazin ist ein Gift, das im-mer weiter verwendet wird. Gerhart Mausham-mer vom Staatlichen Gesundheitsamt Pfaf-fenhofen hat sich über das Amt für Land-wirtschaft eine Ausstellung über jene Pflanz-schutzwirkstoffe beschafft, die im Land-kreis Pfaffenhofen am häufigsten verwen-det werden. Neben Atrazin handelt es sich dabei um „Methomyl“, „Isoproturon“, Kupfer und „Pyrethroide“. Wie Mausham-mer erklärte, hätten die Chemiker des Lan-desuntersuchungsamtes Südbayern von diesen Wirkstoffen zum Teil noch nie etwas gehört. Beim Staatlichen Gesundheitsamt will man aber auch auf diese bisher in der Umweltdebatte noch nicht beachteten Stoffe ein Augenmerk richten. Sämtliche Wasserverbände wurden von der Behörde in einem Schreiben aufgefordert, bei der nächsten turnusmäßigen Laboranalyse des Wasser neben Atrazin auch auf die anderen genannten Chemikalien untersuchen zu lassen.

Im Rahmen eines staatlichen Sonderpro-gramms wurden bereits seit dem Jahr 1983 verschiedene kommunale Trinkwasserver-sorgungs im Landkreis Pfaffenhofen auf Atrazinrückstände untersucht. Allerdings wurden dafür nur Orte ausgewählt, wo aufgrund der geologischen Verhältnisse, der geographischen Lage der Brunnen und der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung in der Umgebung mit einer höheren Atrazin-belastung gerechnet wurde. Nach Auskunft von Gerhard Maushammer waren dies in der Vergangenheit die Orte Deumhausen, Puch und Eck bei Jetzendorf.



Gesundheitsamt gegenüber dem PFÄFFENHOFENER KURIER den Bericht eines Anzeigenschlusses, in dem von einer Ver-seuchung des Pfaffenhofer Wassernetzes die Rede war. Im Brunnen Hartacker lag die im Labor des Landesuntersuchungsamtes Südbayern ermittelte Atrazinbelastung laut Mausham-mer bei 0,07 millionstel Gramm pro Liter. Der seit 1. Oktober geltende Grenzwert nach der Trinkwasserverordnung liegt bei 0,1 millionstel Gramm. Wie Gerhard Maus-hammer mitteilte, werde das Gesundheits-amt im Brunnen Hartacker jetzt häufigere

Zeitbombe Grundwasser-Verschmutzung



Tombola 2000